Abendausgabe

Nr. 604 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 299

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag
23. Dezember 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Reich und Junkerswerke.

Völlige Trennung bevorstehend.

Aus Dessau wird von mehreren Seiten berichtet, daß das Reich mit Professor Junkers über die Loslösung der Reichsbeteiligung an den Junkers-Flugzeugwerken verhandle. Die Verhandlungen seien soweit gefördert, daß im Januar mit der völligen Lösung des Reiches von seiner Beteiligung an den Junkers-Werken zu rechnen sei.

Die Meldung klingt reichlich dunkel. Immerhin scheint sie aus den Kreisen der Junkers-Werke zu stammen, und man darf annehmen, daß es mit den Verhandlungen seine Richtigkeit hat. Allerdings waren unsere Bemühungen, im Reichswehr- und Reichsverkehrsministerium eine Aufklärung zu erhalten, vollständig umsonst. Offenbar fürchten sich die Aemter und beteiligten Herren, das sehr heiß gewordene Eisen auch nur zum Zwecke von Informationen anzufassen.

Man darf aber gespannt sein, welche Erklärung in den nächsten Tagen von den amtlichen Stellen gegeben werden wird. Bekanntlich hatte im vorigen Frühjahr Professor Junkers die Forderung gestellt, das Reich solle das Unternehmen wieder flott machen, das durch die Eingriffe von Vertrauenspersonen des Reiches in die schwierige Lage gekommen war. Es handelte sich damals um eine Summe von 18 Millionen Mark. Das Reichsverkehrsministerium hatte offenbar als federführendes Amt für das Reichswehrministerium sehr von oben herab jede Hilfe für Junkers verweigert.

Die Aufklärung, die letzthin über die russischen Geschäfte des Reichswehrministeriums erfolgt ist, hat die Situation scheinbar zugunsten von Junkers reif werden lassen. Es hat den Anschein, daß die Junkers-Werke vom Reich die Aktien erhalten werden und dafür auf weitere Subventionen verzichten.

Wenn die Angelegenheit geordnet ist, wird sich die Oeffentlichkeit den vom Reichswehrministerium angerichteten Schaden besehen können. Der Schaden geht hier schon in die mehrfachen zehn Millionen. Wenn bei den übrigen Fällen es ähnlich endet, werden die finanziellen Schäden des Reiches noch beträchtlich wachsen. Der moralische Schaden ist natürlich weder abzumessen, noch jemals wieder gutzumachen.

•

Die BS.-Korrespondenz erfährt in der Sache noch das Folgende:

In politischer Hinsicht dürfte namentlich die in letzter Zeit viel erörterte Betätigung der Junkerswerke in Rußland zu diesem plötzlichen Schritt des Reiches Veranlassung gegeben haben. Ueber den Inhalt der Abmachungen, die nach unseren Informationen wahrscheinlich schon morgen unterschrieben werden, wird im Augenblick von den Beteiligten noch Stillschweigen bewahrt. Vorgesehen ist die schuldenfreie Rückgabe des Werks an Prof. Junkers, der damit wieder alleiniger Leiter der Dessauer Flugzeugfabrik wird. Für den Betrieb der Junkerswerke bedeutet das Ende der Reichsbeteiligung den Fortfall politischer und bureaukratischer Hemmungen sowie die Wiederherstellung des früheren inneren Zusammenhangs mit den übrigen Junkersbetrieben, der Forschungsanstalt usw. Wie wir weiter hören, ist auch die Frage der Finanzierung von privater Seite bereits geklärt und gesichert. Die Beschäftigung der Werke wird in erster Linie davon abhängen, inwieweit das innerdeutsche und das internationale Streckennetz der Deutschen Lufthansa im kommenden Jahr ausgedehnt und hierfür der Einsatz neuer Maschinen benötigt wird.

Die Sowjetgranaten.

Hilflose Manöver der Kommunisten.

Wir lesen in der „Roten Fahne“:

Die SPD. setzt ihren Lügenfeldzug gegen die Sowjetunion fort, die neuen Lügen werden jedoch nur in Provinzzeitungen abgedruckt, weil es der „Vorwärts“ nicht wagt, sie aufzutischen.

Unter der Ueberschrift „Reichswehroffiziere in Rußland“ veröffentlicht die Frankfurter „Volksstimme“ in großer Aufmachung Mitteilungen einer „Deutschen Militärkorrespondenz“, die nach unseren Informationen von dem jetzt in der Schweiz weilenden früheren OL.-Mann Mertens stammen. Die Veröffentlichung spricht von einem System sogenannter „Vertrauensleute“ der Reichswehr, das mit Hilfe ehemaliger Offiziere in Rußland aufgebaut sei. Einer dieser Vertrauensleute habe in einem Bericht an das Wehrministerium vom 7. Januar 1925 mitgeteilt, daß im April 1925 die **Serienherstellung von schweren Geschützen** und kurz darauf auch von einer Anzahl 10,5-Zentimeter-Kalibergeschützen begonnen werden könne. Ein zweiter Bericht vom März 1925 aus Moskau teilt mit, daß **40 000 Handfeuerwaffen, und zwar Gewehre und Karabiner,** fertiggestellt worden seien. Bis Ende Februar 1926 sollten weiter von den Junkers-Werken 66 Kampfflugzeuge und 40 Beobachtungsflugzeuge fertiggestellt worden sein. **Auch Haubitzen und Tankabwehrgeschütze** würden im Laufe des Jahres hergestellt werden können. Die Berichte sollen angeblich Beschwerden darüber enthalten, daß die Sowjetregierung „die ganze Produktion absorbiere“ und überhaupt die Lieferungen bedeutend erschwert hätte. Weiter sollen Abmachungen bestanden haben, wonach bei Erklärung der drohenden Kriegsgefahr die in Rußland stationierten Kampffluggeschwader sofort nach Deutschand geflogen werden müßten.

Eine ähnliche Phantasie entwickelt Franz Künstler, der wieder nicht im „Vorwärts“ schreibt, sondern in dem kleinen Berliner „Kämpfer“. Künstler behauptet, daß noch während der Rede Scheidemanns im Reichstage, so um den 16. Dezember herum, Munitionsschiffe in Stettin ausgeladen wurden. Dem Reichstagsabgeordneten Künstler läßt Scheidemanns Ruhm offenbar keine Ruhe.

Den Vogel schießt die Breslauer „Volkswacht“ ab, die behauptet, **daß Geßler noch vor der Scheidemann-Rede in den geheimen Verhandlungen alles zugegeben habe.** Merkwürdig, daß weder der „Vorwärts“ noch Scheidemann von diesem angeblichen Geständnis des Kronzeugen Geßler Gebrauch machten.

Die SPD. glaubt eben, in der Provinz lustig drauflosschwindeln zu können. Aber auch die Arbeiter im Reich werden die Absicht der SPD.-Führer durchschauen. Die Kriegshetze gegen die Sowjetunion im Dienste der Völkerbund-Imperialisten wird vom deutschen Proletariat entsprechend beantwortet werden.

Die „Rote Fahne“ verfährt nach einer kuriosen Methode. Ihre Beweisführung ist überaus einfach: Steht etwas im „Vorwärts“, dann ist damit bewiesen, daß es nicht wahr ist, und steht etwas nicht im „Vorwärts“, so ist damit auch bewiesen, daß es nicht wahr ist. Die Kommunisten sollten doch endlich einsehen, daß ihr Versteckspiel sinnlos ist. Um die Tatsache, daß aus Rußland erhebliche Massen von Material zur Bewaffnung der Reichswehr herübergebracht worden sind, daß solche Lieferungen bis in die letzte Zeit hinein erfolgt und von der deutschen Regierung gar nicht in Abrede gestellt worden sind, kommen sie ja doch nicht mehr herum. Auch sollten sie endlich ihren albernen Schwindel lassen, daß wir eine „Kriegshetze gegen Sowjetrußland“ betreiben. Daß die Sozialdemokratie keinen Krieg und keine Intervention will, weiß doch jedes Kind.

Was wir in Wirklichkeit wollen, ist klar genug. Wir wollen den deutschen Kommunisten zeigen, wie vollständig die Grundlagen ihrer Politik zusammengebrochen sind. Daß das der Fall ist, bestätigen die Kommunisten indirekt, indem sie vor unbestreitbaren Tatsachen den Kopf in den Sand stecken, um sie nicht sehen zu müssen. Sie können die Wahrheit über die russischen Munitionslieferungen nicht vertragen. Darum ihre hilflosen Manöver.

Unter falscher Flagge.

Arbeitsschutzgesetz und Washingtoner Abkommen.

Es hat eine böse Vorgeschichte, dieses Arbeitsschutzgesetz. Die Oeffentlichkeit erfuhr zum ersten Male einiges durch die Veröffentlichung der berühmten Meissingerschen Aktennotiz. Alle amtlichen Darstellungen haben den Kern der Dinge nicht widerlegen können. Das Reichsarbeitsministerium hat damals dem Vertreter der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände erklärt, es halte den jetzt gegebenen tatsächlichen Arbeitszeitstand als der Wirtschaftslage für lange Frist angemessen und werde auch die Verabschiedung eines neuen Arbeitszeitgesetzes in die Länge ziehen. Die Meissingersche Aktennotiz trägt als Datum den 10. August 1925. Damals waren bereits die Geheimräte ungefähr ein Jahr an der „Arbeit“. Denn durch Verfügung vom 15. September 1924 wurde eine Kommission aus Mitgliedern des Reichsarbeitsministeriums und der Reichsarbeitsverwaltung eingesetzt und damit beauftragt, den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes auszuarbeiten in stetem Hinblick auf die Möglichkeit einer Ratifizierung des Washingtoner Uebereinkommens.

Und als sie sich ihr Werk ansahen, sahen sie, daß es gut war. Diese sechzig Paragraphen erfüllen die Aufgabe, den „jetzt gegebenen tatsächlichen Arbeitszeitstand“ als der Wirtschaftslage für lange Zeit angemessen zu sichern. Sie bringen sogar das Kunststück fertig, es in stetem Hinblick auf die Möglichkeit einer Ratifizierung des Washingtoner Uebereinkommens zu tun.

Wie das geschieht, verrät uns die Begründung des Arbeitsschutzgesetzes:

„Die Londoner Besprechung hat bei allen beteiligten Regierungen den Eindruck hinterlassen, daß bei vernunftgemäßer und nicht zu enger Auslegung des Uebereinkommens seine Ratifizierung möglich erscheint. Der Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes ist denn auch nach Ansicht der Reichsregierung mit den Bestimmungen des Uebereinkommens, wie sie nach den Londoner Abmachungen auszulegen sind, vereinbar, so daß bei seiner Annahme der Ratifizierung Schwierigkeiten nicht entgegenstehen würden.“

Aus dem Washingtoner Uebereinkommen sind durch „vernunftgemäße und nicht zu enge Auslegung“ die Londoner Abmachungen geworden; sie segeln unter der falschen Flagge des Washingtoner Uebereinkommens.

Wir stellen diesen Tatbestand fest und kommen damit zur Geschichte der zweiten Aktennotiz, die Dr. Tänzler, den früheren Hauptgeschäftsführer der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, zum Verfasser hat. Er hat allerhand Erfreuliches den Unternehmern als Ergebnis der Londoner Konferenz mitzuteilen. Es hat seine volle Berücksichtigung im Arbeitsschutzgesetz gefunden.

Da ist zunächst der Artikel 2 des Washingtoner Uebereinkommens. Er besagt, daß die Arbeitszeit acht Stunden täglich und achtundvierzig Stunden wöchentlich nicht übersteigen darf. In London haben die Arbeitsminister entdeckt, daß der Sonntag eigentlich nicht zur Woche gehört und deshalb Sonntagsarbeit nicht mitzählt.

Doch diese Entdeckung verblaßt gegenüber der Behandlung, die der Artikel 6 des Washingtoner Uebereinkommens erfährt. Freudestrahlend verkündete Dr. Tänzler, daß „der Artikel 6b in der ihm in London zuteil gewordenen Auslegung für die Entwicklung der weiteren Arbeitszeitgesetzgebung von besonderer Wichtigkeit ist“. Das läßt sich nicht leugnen.

Zunächst entdeckt man in London Ueberstunden, die gar keine Ueberstunden sind, sie kommen unter 6a; die echten Ueberstunden fallen dagegen unter 6b. Und nunmehr besteht Einverständnis darüber, daß die Verpflichtung, die das Uebereinkommen zur Zahlung eines Lohnzuschlags ausspricht, sich nur auf die in Artikel 6b vorgesehenen Ergänzungsstunden bezieht. Tänzler hatte schon recht, als er von einer „zuteilgewordenen Auslegung“ sprach. Im Washingtoner Uebereinkommen findet man von dieser Unterscheidung keine Spur.

Noch ist der Gipfel nicht erreicht. Es besteht Einverständnis darüber, daß es zur Zuständigkeit der Gesetzgebung jedes Landes gehört, für die nach Artikel 6b zu leistenden Ueberstunden eine Höchstzahl festzusetzen. Und diese sieht im Arbeitsschutzgesetz so aus:

Besteht dringender Bedarf nach Mehrarbeit — und wahrlich, die Erfahrung lehrt, daß auch bei zwei Millionen Vollerwerbslosen und bei zwei Millionen Kurzarbeitern „dringender Bedarf“ vorhanden ist — dann ist diese zunächst bis zu sechzig Stunden während eines Kalenderjahres zulässig. Damit ist jedoch der Bedarf der deutschen Unternehmer noch nicht gedeckt. Deshalb können durch Tarifvertrag und damit auch durch Zwangstarif weitere zweihundertvierzig Stunden Mehrarbeit im Kalenderjahr vereinbart werden! Das gibt bis jetzt insgesamt dreihundert Ueberstunden. Doch Tarifvertrag und Zwangstarif sind immer noch nicht zuverlässig genug. Und so wird bestimmt: Ist die Frage der Mehrarbeit nicht tarifvertraglich geregelt, so kann sie durch behördliche Genehmigung im vorgenannten Umfange „aus Gründen des Gemeinwohls“ zugelassen werden. Und wenn der Reichsarbeitsminister das Gemeinwohl immer noch nicht befriedigt sieht, kann er auf bestimmte Zeit zulassen, daß für einzelne Gewerbezweige auch mehr als dreihundert Ueberstunden geleistet werden können; es bedarf nur einer entsprechenden tarifvertraglichen Regelung.

Die Nachwahlsiege der Labourpartei.

36 000 Stimmen und 5 Mandate gewonnen.

London, 23. Dezember. (EP.) In der Zentralverwaltung der Arbeiterpartei bezeichnet man das Ergebnis der Ersatzwahl in Smothwick als einen neuen Beweis dafür, daß die Regierung Baldwin keineswegs die Mehrheit des Landes hinter sich habe. Seit den Generalwahlen im Jahre 1924 hätten die Kandidaten der Arbeiterpartei in 22 Ersatzwahlen eine sehr viel größere Stimmenzahl erhalten als die Konservativen. Trotzdem sei den Konservativen eine größere Zahl von Sitzen zugefallen als der Arbeiterpartei. Zum Beispiel hätten sich die Stimmen für die 22 neu besetzten Mandate bei den Wahlen 1924 folgendermaßen verteilt:

Konservative . . .	14 Sitze mit	280 009	Stimmen
Arbeiterpartei . . .	5 „ „	227 062	„
Liberale	3 „ „	164 158	„

Nach den Ersatzwahlen stellte sich die Stimmenzahl und Sitzverteilung wie folgt:

Konservative . . .	11 Sitze mit	220 102	Stimmen
Arbeiterpartei . . .	10 „ „	263 566	„
Liberale	1 „ „	51 492	„

In manchen Kreisen wird mit diesem Ergebnis die Forderung nach Einführung des Verhältniswahlrechts begründet.

Chinadebatte in Belgien.

Vandervelde für die Vertragsrechte, aber auch für Revision der ungleichen Verträge.

Brüssel, 23. Dezember. (WTB.) Auf eine Anfrage des kommunistischen Abgeordneten Vanoverstraeten über die chinesische Politik Belgiens antwortete Vandervelde in der Kammer, Belgien habe in China weder politische Absichten noch politische Interessen, sondern verteidige einzig wichtige Interessen des Handels und der Industrie. Belgien verlange nur, nicht schlechter als die anderen Mächte behandelt zu werden und habe Vertrauen zu dem Haager Gerichtshof. Gegenwärtig stoße eine internationale Regelung auf große Schwierigkeiten infolge der Forderungen der Nationalisten. Alle Vertreter der an der chinesischen Frage mehr interessierten Großmächte zeigten eine Abneigung gegen eine Politik des militärischen Eingreifens. Die belgische Regierung habe von der englischen Denkschrift Kenninis genommen, die an die Solidarität der anderen Mächte appelliert, nicht um die Beibehaltung der Verträge zu erzwingen, sondern um sie zu ändern und um sie an die gerechten Forderungen eines Volkes anzupassen, das die Gleichberechtigung und die Souveränität in seinem eigenen Lande verlange.

Nach der Debatte nahm die Kammer einen Vertrauensantrag für die Regierung an.

Hatte Dr. Tänzler übertrieben, als er über die Londoner Entdeckungen berichtete, daß sie für die Entwicklung der weiteren Arbeitszeitgesetzgebung von besonderer Wichtigkeit sind?

Das Washingtoner Uebereinkommen schreibt vor, daß die Ueberstunden mindestens um 25. Proz. höher bezahlt werden müssen. In London bestand Einverständnis darüber, daß der Mindestbetrag für den Lohnzuschlag von 25 Proz. zwingend vorgeschrieben ist. Was wird im Arbeitsschutzgesetz daraus? Ein „angemessener" Zuschlag. Als angemessen gilt mangels einer abweichenden Vereinbarung ein Zuschlag von 25 Proz. Der Mindestsatz ist verschwunden. Entgegen dem Washingtoner Uebereinkommen gilt die Regelung auch nur für die Arbeiter; die Angestellten sind „vergessen" worden.

Das sind nicht alle Widersprüche zum Washingtoner Uebereinkommen. Aehnliche Schönheiten weisen auch die Bestimmungen über „Andere Verteilung der Arbeitszeit" auf. Die Begründung des Gesetzentwurfs trifft eben das Richtige, wenn sie erklärt, daß den „Bedürfnissen der Wirtschaft" weitgehend entgegengekommen wird. Aber gerade deshalb bringt das Arbeitsschutzgesetz auch nicht das, worauf es heute ankommt. Die steigende Arbeitslosigkeit ist eine furchtbare Mahnung, nun endlich den Weg des von den Gewerkschaften aller Richtungen vorgeschlagenen Notgesetzes zu beschreiten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist entschlossen, diesen Weg zu gehen; sie weiß, daß sie dabei die Gesamtheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten hinter sich hat.

Landau und die Rechtspresse.

Sie tobt gegen den „Vorwärts".

Die Haltung, die der „Vorwärts" dem Landauer Urteil gegenüber eingenommen hat, ist der Rechtspresse sehr unbequem. Ebenso unbequem ist ihr das Telegramm, das der sozialdemokratische Parteivorstand an die französische Sozialistenpartei gerichtet hat. Zu dem letzteren bemerkt die „Kreuz-Zeitung":

Die Frage, ob die deutschen Sozialdemokraten an ihre Pariser Gesinnungsgenossen das gleiche Telegramm gerichtet hätten, wenn es sich bei den Verurteilten um Angehörige der Rechtsparteien oder der nationalen Verbände gehandelt hätte, wird man wohl ohne weiteres verneinen können. Unserer Auffassung nach ist es in diesem Falle vollkommen gleichgültig, ob es sich um „aktive Republikaner" oder etwa um Mitglieder des Stahlhelms handelt. Einzig und allein darauf kommt es an, daß in dem Urteil von Landau der Franzose auf der einen, die Deutschen auf der anderen Seite unterschiedlich behandelt worden sind. Das ist der springende Punkt, und dagegen richtet sich die Empörung des deutschen Volkes.

Wir dürfen die „Kreuz-Zeitung" höflich daran erinnern, daß wir auch für den unschuldig verurteilten General A. Nathusius eingetreten sind, obwohl dieser wohl alles andere eher als ein „aktiver Republikaner" war. Uns handelt es sich nicht darum, an wem Unrecht verübt worden ist, sondern lediglich darum, daß Unrecht verübt worden ist. Wenn deutsche Gerichte Unrecht tun, verurteilen wir das genau ebenso scharf, wie wenn ein französisches Kriegsgericht es tut. Und weil dem so ist, und weil die Welt das weiß, darum hat unsere Stimme internationales Gewicht, während den Stimmen der Rechtspresse, denen man die Lust an der nationalen Verhetzung deutlich anmerkt, solche Wirkung versagt bleiben muß.

Hätte die französische Linkspresse nach dem Rezept unserer „Nationalen" gehandelt, so hätte sich in Frankreich keine Stimme gegen das Urteil erheben dürfen. Uns ist die sachliche Uebereinstimmung mit jener französischen Linkspresse, die gleich uns die angebliche patriotische Pflicht, die Wahrheit zu verschweigen, nicht kennt, viel wichtiger als das Urteil unserer Rechtspresse, deren Geschimpfe uns vollständig kalt läßt.

Wohin diese Hetze steuert, zeigt klar genug ein Artikel in Hugenbergs „Tag", der den Fall Landau zu einer Hetze gegen die deutsche Außenpolitik benutzt und mit diesen Worten schließt:

Schade, schade, daß wir jetzt keine Wahlen haben.

Dann könnte das deutsche Volk seinen bisherigen Neunmalweisen, die es in die Irre geführt haben, die rechte Quittung geben.

Das Urteil des Offiziersgerichts in Landau war ein bewußter Stoß gegen die Politik Briands, gegen die Politik von Locarno und Thoiry. Und ebenso bewußt benutzt die Hugenberg-Presse dieses Urteil zu einem Stoß gegen die Politik Stresemanns, die Politik von Locarno und Thoiry.

Die französischen Nationalisten arbeiten für die deutschen, und die deutschen arbeiten für die französischen. Die deutschen Nationalisten sind jeden Tag bereit, Recht für Unrecht, Unrecht für Recht auszugeben, wenn es sich um ihre „Belange" handelt, ihre französischen Gesinnungsgenossen machen es genau so.

Für uns aber handelt es sich um das Recht, um nichts als das Recht! Das Landauer Urteil ist eine nationalistische Infamie gegen das Recht. **Darum bekämpfen wir es.**

*

Die Telegraphen-Union meldet: Die 24stündige Frist ist nunmehr abgelaufen, ohne daß die französische Anklagebehörde gegen das freisprechende Urteil im Falle Rouziers Revision eingelegt hat. Die Freisprechung Rouziers ist damit rechtskräftig geworden. Die Revision, die von der deutschen Verteidigung gegen die Verurteilung der Deutschen eingelegt worden ist, stützt sich zunächst auf den von dem Landauer Gericht abgelehnten Antrag auf Zulassung der deutschen Angeklagten als Nebenkläger.

*

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß das französische Strafrecht eine Berufungsmöglichkeit für die Anklagebehörde überhaupt nicht kennt, daß ein Freispruch infolgedessen immer und automatisch rechtskräftig wird. Der erste Teil dieser Meldung beruht daher auf einer falschen Voraussetzung und ist nur geeignet, ganz unnötig Oel ins Feuer der Leidenschaften zu gießen.

„Der Sieger hat gesprochen."

Die französische Linke verurteilt, die Rechte verteidigt das Kriegsgericht.

Paris, 23. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Während der Mehrzahl der hiesigen Morgenblätter der Sturm der Entrüstung, den das Landauer Urteil in Deutschland ausgelöst hat, sichtlich peinlich ist und sie sich darauf beschränken, die diesbezüglichen Meldungen ihrer Berliner Korrespondenten kommentarlos wiederzugeben, fühlt sich der „Petit Parisien" verpflichtet, die Haltung des Landauer Kriegsgerichts zu verteidigen. Das Blatt erklärt, die Landauer Richter hätten sich nicht um Locarno, noch um die zukünftigen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu kümmern gehabt, sondern seien nur berufen worden, um über Einzelfälle zu urteilen. Sie hätten deshalb einzig nach ihrem Gewissen ihr Urteil gesprochen, wie dies ihre Pflicht war. — Das „Journal" erinnert in einem längeren Artikel an die Urteile des Reichsgerichts in der Frage der Kriegsschuldigen, wo sämtliche von den Alliierten als „kriegsschuldig" bezeichneten Generäle freigesprochen worden seien und erklärt, daß die Alliierten später auf die Straferfüllung verzichteten, und daß diese Mäßigung der Alliierten gerade heute betont werden müsse, wo das Landauer Urteil in Deutschland einen Sturm der Entrüstung hervorrufe.

Der „Quotidien" hingegen greift in einem scharfen Artikel das Urteil von neuem an und betont, daß dabei ganz einfach die „Sieger gesprochen" hätten. Das ist so wahr, schreibt das Blatt, daß das Urteil von Landau von niemandem angenommen werden wird, auch von der französischen Regierung nicht, welche unverzüglich zur Begnadigung der verurteilten Deutschen greifen wird; wir werden die französische Regierung zu dieser Geste beglückwünschen.

Die „Selbsthilfe" und der Landeshauptmann.

Deutschnationale Verflechtungen.

Gegen den Breslauer Landeshauptmann Dr. v. Thaer, der aktives Mitglied nicht nur der Deutschnationalen Partei, sondern auch des Alldeutschen Verbandes der Claß-Putschisten ist, werden jetzt schwere Vorwürfe erhoben. Der Landeshauptmann scheint die in Breslau ansässige private Mittelstands-Versicherungsunternehmung „Selbsthilfe" in einer Weise aus öffentlichen Mitteln unterstützt zu haben, die seinen Pflichten gegenüber der Provinz widerspricht.

Infolge des leichtsinnigen Geschäftsgebarens dieses von deutschnationalen Politikern und zum Teil wirtschaftlich unerfahrenen alten Offizieren geleiteten Unternehmens rechnet man in einem erheblichen Teil der dort Versicherten mit dem Zusammenbruch der Gesellschaft, der auch in der schlesischen bürgerlichen Presse bereits diskutiert wird. Die Gesellschaft hat inzwischen ihre Leistungen herabgesetzt, die Versicherten aber zu umfangreichen Nachleistungen verpflichtet.

Eine starke Bewegung der Mitglieder bestreitet die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens. Von sozialdemokratischer Seite wird jetzt die preußische Staatsregierung aufgefordert, die Tätigkeit leitender niederschlesischer Provinzialbeamter im Vorstand und Verwaltungsrat der „Selbsthilfe" im Wege der Staatsaufsicht nachzuprüfen und die Fortsetzung der bedenklichen Wirtschaft jedenfalls zu verhindern.

Erwerbslosendemonstrationen in Pommern

Zusammenstöße in Stettin. — Angriff auf die Stadtverordnetenversammlung in Ueckermünde.

Stettin, 23. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch kam es hier wieder zu Demonstrationen von Erwerbslosen, und zwar handelte es sich um den dritten Tag, an dem ein Teil der Stettiner Arbeitslosen dieses Spiel fortsetzte. Die Polizei hatte auf Grund der Erfahrungen von den Vortagen die zum Rathaus führenden Straßen abgesperrt, so daß die Erwerbslosen in die Nebenstraßen abgedrängt wurden. Als ein Teil der Demonstranten versuchte, truppweise doch noch bis zum Rathaus vorzudringen, kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Die Beamten wurden mit Steinen beworfen und zogen in der Abwehr blank. Einige Personen wurden verletzt; auch Verhaftungen wurden vorgenommen. — Angeblich wollen die sogenannten Führer der Erwerbslosen das Spiel der letzten drei Tage am Donnerstag wiederholen.

In Ueckermünde (Pommern) kam es ebenfalls zu einem Zwischenfall mit Erwerbslosen. Im Verlauf der Stadtverordnetensitzung, die über die Gewährung von 6000 Mark zur Weihnachtsbeihilfe für Erwerbslose entscheiden sollte, wurde aus dem Zuhörerraum eine Bank gegen die Sitze der bürgerlichen Abgeordneten geschleudert. Ein Stadtverordneter wurde auf den Kopf getroffen; ein anderer erhielt von einem Ruhestörer einen Schlag ins Gesicht. Die Polizei räumte daraufhin den Zuhörersaal und nahm eine Verhaftung vor. Nach der Beendigung der Stadtverordnetensitzung wurden die bürgerlichen Abgeordneten vor dem Rathaus von der Menschenmenge mit Zurufen usw. empfangen. Die Polizei schritt auch hier ein und verhinderte weitere Ausschreitungen.

Die Thüringer Landtagswahlen.

Termin: 30. Januar.

Weimar, 23. Dezember. (TU.) Die thüringische Regierung hat nunmehr endgültig den 30. Januar 1927 als Termin für die Neuwahlen zum Thüringischen Landtag festgesetzt.

Volksbühne.

„Volpone" von Stefan Zweig nach Ben Jonson bearbeitet.

Im Theater am Bülowplatz wurde viel gelacht und geklatscht. Stefan Zweig hat ein altes Verwechslungsstück ganz neu durch seine frischen Einfälle aufgepulvert und so ein Theaterstück zusammengebracht, das an die gesunden Instinkte der Leute rührt. Es wird ein Tanz ums Geld aufgeführt. Es wird ein Schuft von einem Geizkragen entlarvt, und es siegt die Verschlagenheit über die bornierte Begehrlichkeit. Am Schlusse wird allen Leuten, die nicht viel Geld haben, versprochen und auch vorgeschwindelt, daß das Geld nur ein Dreck ist und daß der Mann, der auf seinem Geldsack brütete, wie ein verprügelter Hund wegzukriechen hat. Die mathematische und soziale Lösung stimmt zwar nicht ganz, aber sie stimmt doch, solange der Vorhang im Theater aufgezogen ist, und dieser holde Wahn ist im Theater durchaus zulässig, ja sogar notwendig. Denn Ben Jonson war ein Zeitgenosse des gewaltigen Shakespeare, er hat mit Shakespeare Komödie gespielt und Komödie geschrieben. Der Horizont lag ihm etwas näher auf der Stirn als seinem großen Kulissenkameraden, doch er ist immer noch so lendenstark, daß er sich in Stefan Zweig einen erfindungsreichen und talentvollen Sohn und Vollender zeugte.

Zweig weiß außerdem, was er seinem Publikum schuldet, und er läßt den Refrain von der Mistigkeit des Geldes immer wieder auf der Laute klimpern. Dieses Gekimper wird zum Leitmotiv der Vorstellung, die lustig und belebt abrollt. Es herrschen Bewegung und gute Laune auf der Bühne.

Den geprellten Geizkragen spielt Albert Steinrück, zunächst ein knurrender und wimmernder Hund, dann ein klobiger und köstlicher Schuft, schließlich ein kümmerlicher und zerquetschter Jammerlappen. Das ist der richtige Mann, um einen alten Komödienhelden vom Pökelkaliber des altenglischen Theaters auf die Beine zu stellen. Alexander Granach spielt den Schelm, der den ersten Schelm zwölffach übertrumpft und ganz Venedig so lange zum Narren hält, bis er sich die Goldtruhe des betrogenen Geizkragens angeeignet hat. Alexander Granach ist heute wirklich ein famoser Komödiant geworden. Er braucht seine Technik nicht mehr durch Uebersteigerungen zu mißbrauchen. Er ist Herr der Clownerie und auch der Bissigkeit, und er vermag die zweifelhafteste Moralgrade so herunterzurollen, daß sie von verführerischer Echtheit scheint. Ein vergnügliches Männer- und Weibervolk spielt außerdem noch bei dieser altneuen Komödie mit, zu der Edward Suhr die buntesten, man möchte sagen venezianischsten Bühnenbilder malte.

M. H.

Der große Sturmball, das Künstlerkostümfest der Expressionisten, findet am 8. Januar in den Gesamträumen der Philharmonie statt. Karten nur in der Kunstausstellung Der Sturm, Potsdamer Straße 134 a, von 12 bis 6 Uhr.

Der literarische Schwank.

In Frank Wedekinds „Liebestrank" gibt es keine Situationskomik, keine zusammengehalten Witze und keine Schablonenfiguren. Wedekind kommt ohne die Tricks aus, mit denen die üblichen Schwankfabrikanten nach bewährtem Schema fuhrwerken, und erzielt doch die lustigsten Wirkungen. Der Humor des „Liebestranks" ist nicht mühsam aufgepumpt, sondern sprudelt aus warmem Herzen und phantasiebeschwingtem Hirn. Handlung und Personen sind mehr als unwahrscheinlich, sie sind grotesk: der gewalttätige Fürst, der mit einem Liebestrank die Liebe der schönen jungen Katja erzwingen will, der Allerweltskerl Schwiggerling, der den Trank braut und den Fürsten beschwört, beim Trinken um des Himmels willen nicht an einen Bären zu denken, und die hoheitsvolle Fürstin, die einst Zirkusartistin gewesen ist.

Wedekind überrascht den Zuschauer mit tausend lustigen Einfällen und reißt ihn in einen tollen Wirbel von Ulk und Uebermut, aber nicht der Regisseur Eugen Robert, der den Schwank für die Tribüne inszeniert hat. Der gestrigen Vorstellung fehlte der Schmiß und das rasende Tempo, in dem sich die Komödie abrollen muß. Zwar hat Robert ein paar nette Regieeinfälle gehabt. Im Gedenken an die Jazzbandinszenierung der „Franziska" läßt er jeden Akt mit musikalischer Untermalung einleiten, die Jaap Kool lustig komponiert hat. Eine Reihe erlesener Darsteller setzt sich für die Komödie ein. Den Gewaltmenschen Rogoschin gibt Paul Wegner und versucht sich seit langer Zeit wieder einmal als Komiker. Sein Humor ist aber ein wenig gesucht. Man bewundert seine Virtuosität, bleibt aber im letzten Winkel des Herzens kalt. Carola Néher faßt die schöne Katja anders auf als man es sonst gewohnt ist. Sie spielt die Gräfin Totzki nicht nach dem Schema einer rassigen Zirkusprinzessin, sondern als eigenwilligen, trotzigen Backfisch. Der Gegensatz zwischen jugendlicher Anmut und überlegener Energie wirkt äußerst sympathisch. Carola Néher entwickelt sich von Tag zu Tag mehr zu einem liebenswerten Bühnenstern. Die Fürstin gibt mit gigantischer Würde Adele Sandrock. Wenn sie ihr überladenes Kostüm auseinanderschlägt und ein Zirkustrikot sehen läßt, so sind wir mit solcher drastischen Komik nicht mehr einverstanden. Einen schnittigen Schwiggerling legt Lothar Müthel hin und heimst den Hauptbeifall des Abends ein.

Dgr.

Das Lustspielhaus bringt seinem Publikum als Weihnachtsgabe eine recht alte, aber trotzdem ganz gut erhaltene Sache in neuer Verpackung. Franz Arnold und Ernst Bach haben um Guido Thielscher herum einen Schwank geschrieben, betitelt: „Hurra — ein Junge!" Man weiß also schon vorher, was kommen wird. Es ist die Geschichte von dem erwarteten Baby, das sich dann als recht ausgewachsener, in diesem Falle sogar einigermaßen bejahrter Knabe entpuppt: Guido Thielscher, im himmelblauen Matrosenanzug und mit einem roten Luftballon in der Hand. Alle Verwicklungen der Angelegenheit lassen sich unmöglich erzählen. Aber sie laufen immer wieder darauf hinaus, Thielscher in irgendeiner neuen Kostümierung vorzuführen, als Varietétünstler aus Pasewalk, als Kavalier, als Dame. Dem Publikum wird also reichlich Gelegenheit zum Lachen geboten, und es machte auch ausgiebig davon Gebrauch. Neben Thielschers rundlicher Gummipuppenakrobatik kam eine andere Type ausgezeichnet zur Geltung: Hermann Picha als Geheimrat Theodor Nathusius. Schon die köstliche Maske löste stürmische Heiterkeit aus. Und Picha macht diesen Moralsatze, der in seiner Jugend Seitensprüngen durchaus nicht abhold war, auf eine so charakteristische Weise lebendig, daß er sich bis zum Schluß des Stückes neben dem erklärten Liebling Thielscher in der Gunst des Publikums behauptete. Fad blieb das Elternpaar des „Jungen", Eugen Rex und Grete Reinwald. Grete Reinwald, die Stiefmutter dieses ihr unbekannten Kindes und, wie sich endlich herausstellt, auch seine Schwester, begnügt sich damit, süß auszusehen, und Eugen Rex spielt den Privatdozenten Professor Waldemar Weber, als sei das die Rolle eines Siebzehnjährigen. Nett dagegen wirkt ein anderes Paar, die „berühmte" Romanschriftstellerin Helga Lüders und Rechtsanwalt Dr. Kurt Wehling, Lotte Klinder und Anton Pointner, die nicht nur Sinn für komische Situationen, sondern manchmal sogar — allerdings bietet dieser Schwank ihnen dazu sehr selten Gelegenheit — wirklich schauspielerische Fähigkeiten zeigten. Man täte Annaliese Würtz unrecht, wollte man verschweigen, daß sie ein unglaublich kesses Dienstmädchen Anna auf die Bühne stellt. Eine Prognose für das Stück? Es wird die hundertste Aufführung in Gesundheit erleben.

Tes.

„Berufskrankheiten der Musiker." Im Verlag von Max Hesse ist von Dr. Kurt Singer, dem Musikkritiker des „Vorwärts" und Dozenten an der Staatlichen Hochschule für Musik, dieses Buch erschienen. — In den einleitenden Kapiteln beschäftigt sich der Verfasser mit den psychologischen und sozialen Grundlagen der Berufskrankheiten der Musiker. Gerade bei diesem Beruf sind die psychologischen Ursachen von viel größerer Bedeutung als bei anderen, da bei der Berufsausübung die Disposition in ganz anderem Maße den einzelnen ausschlaggebend beeinflußt, als bei einer Reihe manueller Betätigungen. Singer beschäftigt sich deshalb ganz besonders mit den seelischen Abnormitäten und den Grenzzuständen, den sogenannten psychopathischen Persönlichkeiten, die bei den Musikern und anderen Künstlern in viel größerem Maße vertreten sind als bei den sonstigen Berufen. Bei den Beschäftigungsneurosen, d. h. nervösen Störungen der Finger- und Unterarmmuskulatur, ist zu berücksichtigen, daß im Gegensatz zum Handwerker im Betrieb, wo auch nervöse Störungen der Handmuskulatur vorkommen (z. B. Schreibkrampf usw.), diese nervösen Störungen noch durch die unbegrenzte Arbeitszeit der Musiker, die durch das Ueben bedingt ist, gefördert werden. Aber auch noch viele andere Krankheiten werden durch die berufsmäßige Ausübung der Musik hervorgerufen, z. B. das Emphysem (Lungenblähung) des Trompeters und Hornisten, oder die Uebertragung der Syphilis bei gemeinsamem Gebrauch von Blasinstrumenten, wie sie auch schon bei Glasbläsern beobachtet wurde. Einen besonderen Abschnitt widmet der Verfasser den Krankheiten der Finger. In dem Schlußkapitel bespricht er die verschiedenen Arten der Therapie dieser Berufskrankheiten. Durch seinen lebendig gehaltenen Stil, die Klarheit und Reichhaltigkeit der Darstellung kann dieses Buch den beteiligten Kreisen bestens empfohlen werden.

R. M.

Die Galerie E. Cassirer, Nettelbeckstraße 23, eröffnete eine Ausstellung von Frühdrucken chinesischer Farbholzschnitte der Zehnbambushalle und chinesischer Frühkeramik.

Rumänische Folterkammern.

Der Fall Boris Stefanoff.

Seit Monaten hat sich der weißgardistische Terror in Rumänien in unerhörter Weise gesteigert. Eine militaristische Tscheka, die Siguranza, erpreßt von den verfolgten Arbeiter- und Bauernführern Aussagen und „Geständnisse" mit geradezu mittelalterlichen Inquisitionsmethoden. Gegenwärtig konzentriert sich die Aufmerksamkeit der zivilisierten Welt auf den Fall eines kommunistischen Abgeordneten Boris Stefanoff, der nur wegen seiner illegalen Tätigkeit zugunsten der verbotenen Kommunistischen Partei in Abwesenheit zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, dann heimlich zurückgekehrt ist, nun vor einer neuen Kriegsgerichtsverhandlung steht und in der Untersuchungshaft den unmenschlichsten Folterqualen ausgesetzt wird. Sein Prozeß wird aber immer wieder vertagt, offenbar, weil die Anklage auf gar zu schwachen Füßen steht. In einem Brief, den Stefanoff aus dem Gefängnis an seine Verwandten richten konnte, heißt es:

„... Es kam dann der Generalinspektor der Siguranza, Banciulescu, und befragte mich über dieselben Dinge. Als ich meine frühere Antwort wiederholte, übergab er mich dem diensthabenden Kommissär Georgescu und entfernte sich. Dieser schraubte meine Hände mit einer eisernen Klammer und begann mit dem „Verhör". Georgescu, ein Gendarmerieoberwachtmeister und ein Siguranzagent begannen mit einem Gummiknüppel, den Fäusten und den Füßen solange auf mich einzuschlagen, bis ich bewußtlos zusammenbrach. Ihr könnt Euch vorstellen, wie ich geschlagen wurde, wenn Ihr bedenkt, was für ein kräftiger und gesunder Mensch ich bin. Der Kommissär brachte mich wieder zum Bewußtsein und schrie mir drohend zu: „Ueberleg' dir die Geschichte, Kommunistenchef, denn sonst wird es dir übel gehen: wir werden dir deine Knochen aus den Gelenken reißen, und da wirst du mehr sagen als du willst." Nach einer Stunde kam er wieder und fragte von neuem, wo ich gewohnt habe. Als ich erklärte, das nicht sagen zu wollen, da ich Leuten, die mir Gutes erwiesen, kein Leid zufügen könne, begann man mich wieder zu mißhandeln. Das dauerte so lange, bis ich wieder in Ohnmacht fiel. So blieb ich bis morgens bewußtlos liegen. In der Frühe rief man mich in das Kabinett Banciulescus, wo der Arzt die infolge der Mißhandlungen erlittenen Verletzungen in Augenschein nahm, ohne aber einen Verband anzulegen oder sonst etwas dagegen zu tun. Infolge der eisernen Klammern, die ich an den Händen trug, hatte sich eine tiefe blutende Wunde gebildet. Da ließ der Arzt diese Klammern abnehmen, doch statt die Wunden zu verbinden, ließ er meine Hände mit dicken Stricken, die gleichfalls ins Fleisch schnitten, fesseln ..."

Die herrschenden Schichten in Rumänien renommieren in Westeuropa mit ihrer fortgeschrittenen Kultur. In Wirklichkeit ist ein Staat, in dem so etwas möglich ist, über die Kulturstufe des XIV. Jahrhunderts nicht hinaus. Daneben sind sogar die schlimmsten Methoden der russischen Tscheka geradezu human und harmlos. Wenn Rumänien Anspruch auf Achtung in der zivilisierten Welt erhebt, dann muß es endlich mit diesen bestialischen Verfolgungen der politischen Gegner des herrschenden Regimes restlos Schluß machen.

Der Aufstand auf Java.

Aufdeckung seiner Ursachen. — Gefahren stärkerer Wiederholung.

Amsterdam, 22. Dezember. (Eigener Bericht.) Der javanische Novemberaufstand hat das javanische Problem wieder in Erinnerung gebracht, dessen ganzen Ernst der beste Indienkenner der niederländischen Sozialdemokratie, Genosse Cramer, sowohl in einem Artikel im Organ des Niederländischen Gewerkschaftsbundes „De Strijd", wie auch in der Zweiten Kammer dieser Tage aufrollte.

Die Lesart von dem „Kommunistenaufstand" wird die holländisch-indische Regierung im schönen Buitenzorg bei Batavia wohl schließlich selbst fallen lassen müssen, denn obschon kommunistische Einflüsse dabei im Spiele waren, steht doch zugleich fest, daß kommunistische Agitation nur dort Eingang fand, wo durch jahrzehntelange Mißwirtschaft schon der Nährboden dafür vorhanden war. Ein Volk, dessen große Masse auf einem der reichsten Böden der Erdoberfläche elender als der elendeste Torfarbeiter der Drenter Moore lebt, kann dem Niederländer, der diesem Boden ungeheure Reichtümer entnimmt, nicht freundlich gesinnt sein. Eine Arbeiterschaft, deren Durchschnittseinkommen nicht mehr als 200 Gulden im Jahre beträgt, wovon ihr noch 10 Proz. für Steuern entzogen werden, und die kein Vereins- und Versammlungsrecht, keine Koalitionsfreiheit besitzt, muß in der gewiß nicht glimpflichen Despotie der ehemaligen javanischen Kaiser ein Paradies gegen die heutige Hölle der Ausbeutung erblicken. Eine Intelligenz, die trotz in Europa erworbener Kenntnisse, von dem weißen Unteroffizier ohne höhere Bildung stets als minderwertig angesehen und entsprechend behandelt wird, muß revolutionär bis zum äußersten Radikalismus werden.

Genosse Cramer weist mit Recht darauf hin, daß der letzte Aufstand nichts anderes als ein verunglückter Anfang zu werten sei und man in der Folgezeit mit weit ernsteren Bewegungen zu rechnen habe, wenn man sich nicht zu einer radikalen Umstellung des ganzen Systems entschließe. Aber daß auch andere in Niederland diese Gefahr begreifen, beweist u. a. ein Leitartikel des „Telegraaf", der auf das vernichtende Urteil der Kulturwelt über die heutige niederländische Kolonisation und die Gefahr eines Verlustes der Kolonien aufmerksam macht, wenn nicht völlig neue Bahnen eingeschlagen werden.

Man beginnt zu begreifen, daß die Zeit für die Kolonialpolitik alten Schlages endgültig vorbei ist und nicht auf die Dauer ein Volk von 7½ Millionen ein altes Kulturvolk von mehr als 40 Millionen Menschen mit den Machtmitteln des Militarismus im Zaume halten kann. Seit mehr als einem halben Jahrhundert ist das im letzten November die ernsteste Bewegung gewesen, die die Niederländer auf Java erlebt haben, und wenn sie jetzt als Vergeltung tausende Menschen wegen Beteiligung an dem Aufstande nach dem ungesunden Neuguinea auf Lebenszeit verbannen wollen, so werden sie einen Haß säen, der bald in neuen umfassenderen Bewegungen aufflammen wird. Das javanische Problem besteht, und früher oder später wird es vor das Forum des Völkerbundes kommen.

Der niederländische Kolonialkapitalismus spielt ein gewagtes Spiel, wenn er seine Methoden nicht frühzeitig zu ändern versteht; denn die Javanen sind durch ihre einstweilen noch gescheiterte Unabhängigkeitsbewegung in die Reihe der erwachenden Nationen des Ostens eingetreten.

Der Faschistengeneral Gajda, gewesener Generalstabschef der Tschechoslowakei, hat nun auch seinen Generalsrang verloren, erhält aber trotz seiner fatalen Rußlandaffäre 75 Proz. seiner Pension.

Eine deutsch-polnische Schlichtungskommission für Staatsangehörigkeitsfragen wird Anfang 1927 ihre Tätigkeit beginnen. Die polnische Regierung hat erklärt, daß sie die Rechte, Güter und Interessen solcher Personen nicht liquidieren wird, die auf Grund ihrer Geburt die polnische Staatsangehörigkeit am 10. Januar 1920 besessen haben.

Zugverspätungen auf dem Anhalter Bahnhof

Ursache ein entgleister Güterzug bei Gotha.

Die heute vormittag auf dem Anhalter Bahnhof einlaufenden Züge trafen sämtlich mit mehrstündiger Verspätung ein. Wie wir auf eine Anfrage von der Reichsbahndirektion erfahren, ist die Ursache auf einen Unglücksfall, der sich in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag gegen ¾1 Uhr bei Gotha ereignete, zurückzuführen. **Kurz vor Gotha entgleisten sechs Wagen eines Güterzuges infolge Schienenbruches und stürzten die Böschung hinab.** Die Wagen wurden zertrümmert; der Sachschaden ist erheblich. Die Geleise wurden sofort gesperrt und eine Arbeiterkolonne an die Unfallstelle entsandt, die zunächst die Aufräumungsarbeiten vornahm und die schadhafte Schiene in mehrstündiger Arbeit auswechselte. Von dem Personenzug 805 an, der fahrplanmäßig um 11.35 Uhr am Anhalter Bahnhof ankommen soll, haben sämtliche Züge auf der Anhalter Strecke große Verspätungen aufzuweisen. Auch auf anderen Strecken treffen die Züge zum Teil mit großer Verspätung ein, die aber ihre Ursache in dem überaus starken Expreßgutverkehr haben, der eine ganz außergewöhnliche Zunahme erfahren hat.

Großreinemachen auf den Bahnhöfen.

Infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse konnte die Unterhaltung und Erneuerung der Berliner Fernbahnhöfe nicht durchweg in der gewünschten Weise vorgenommen werden. Die Hallen waren zum Teil durch Rauch und Ruß stark verschmutzt. Fährt man jetzt einmal mit dem Zuge über die Stadtbahn, so kann man überall die säubernde und erneuernde Hand bemerken. Insbesondere zeichnet sich jetzt die Nordhalle des Schlesischen Bahnhofes durch ihre Lichtfülle aus, die recht angenehm von dem früheren

Der Schlesische Bahnhof mit erneuertem Glasdach

Dunkel absticht. Hier ist die Eisenkonstruktion vollkommen erneuert worden; durch Schaffung großer Glasflächen hat man reichlich Licht hereinfließen lassen. Das gleiche wohltuende Bild wird bald der Bahnhof Alexanderplatz zeigen, dessen Halle gleichfalls in diesem Jahr von Grund auf erneuert worden ist. Die kleineren Stadtbahnhallen Börse und Lehrter Bahnhof sind bereits fertiggestellt und dabei in ihrer Beleuchtung und Entlüftung erheblich verbessert worden. Auch die Hallen des Bahnhofs Zoologischer Garten sollen noch in diesem Jahre instand gesetzt werden, während die Halle des Bahnhofs Bellevue im nächsten Jahre in Angriff genommen wird. Auch bei den übrigen Fernbahnhöfen (Lehrter, Anhalter, Potsdamer und Görlitzer Bahnhof) sind die Hallendächer gründlich gereinigt und teilweise erneuert worden.

Falscher Mordalarm.

Ein zunächst unaufgeklärter Todesfall veranlaßte in der vergangenen Nacht die Alarmierung der Mordkommission. In dem Hause Schulstraße 56 hatte im vierten Stock eine 53 Jahre alte Arbeiterin, Witwe Rosina Wolf geb. Reisner, für sich allein eine Wohnküche. Eine Tochter, die außerhalb wohnt, kam gestern abend nach Berlin, um die Mutter zu besuchen. Als sie um 10 Uhr anklopfte und keine Antwort erhielt, glaubte sie, daß die Mutter ausgegangen sei und ging zu Nachbarn, um dort auf sie zu warten. Dann stiegen den Leuten aber doch Bedenken auf und gegen 12 Uhr gelang es den Nachbarn, mit einem Schlüssel zu öffnen. Jetzt fand man Frau Wolf in dem mit Gas angefüllten Raume tot auf dem Fußboden liegen. In der Annahme, daß ein Verbrechen vorliegen könne, wurde die Mordkommission benachrichtigt, die aber feststellte, daß der Gashahn sehr locker war. Die Frau hat ihn, während sie beim Kuchenbacken war, ohne Zweifel unvorsichtig berührt und so geöffnet, ohne daß sie es wußte. Unter der Wirkung des ausströmenden Gases brach sie endlich zusammen und erlag der Vergiftung. Merkwürdig ist, daß es nicht zu einer Explosion gekommen ist, denn die Gaslampe brannte noch, während das Gas dem Kocher entströmte.

Ertappte und entwischte Warenhausdiebe.

Gestern abend wurden in der Brunnenstraße drei Warenhausdiebe ertappt und festgenommen. Einer von ihnen hatte ein Stück Stoff erbeutet, während die beiden anderen ihn deckten. Der Geschäftsführer benachrichtigte das Revier und das Ueberfallkommando, als man nach Schluß des Geschäftes auf die Diebe aufmerksam wurde. Der eine, ein Kellner Erich L. aus der Gartenstraße, der den Stoff im Werte von 200 Mark erbeutet hatte, entfloh damit in ein Haus am Weinbergsweg hinein und versteckte sich auf dem Boden. Hier wurde er von den Beamten entdeckt und festgenommen. Die beiden anderen wurden noch im Warenhaus selbst ergriffen. Alle drei wurden der Kriminalpolizei des 17. Reviers vorgeführt. Hier stellte sich heraus, daß zwei von ihnen wegen Ladendiebstahls bereits gesucht wurden. — In einem Trikotagengeschäft in der Residenzstraße zu Reinickendorf knifen Einbrecher die Gitterstäbe vor einem Hoffenster mit einer schweren und scharfen Zange durch, drückten die Scheibe ein und stahlen für etwa 15 000 Mark Unterzeug, Strümpfe und dergleichen mehr. — In der Neuen Königstraße stiegen Verbrecher durch die Luftklappe über dem Schaufenster in ein Herrenkleidergeschäft ein und erbeuteten für 7000 Mark Anzüge und Mäntel. — In der Chausseestraße stahlen Einbrecher in einem Polsterwarengeschäft für 6000 Mark roten und gestreiften Drell, Bettbezüge und Polsterstoffe. In allen diesen Fällen wurde von den Einbrüchen nichts gehört und gesehen, und die Diebe entkamen ungestört mit ihrer Beute.

Frost zu Weihnachten.

Es war wie ein Preisrätsel: Grüne oder weiße Weihnachten? Die Wetterleute vom Fach, skeptisch wie immer, prophezeiten auch diesmal ein seliges Ende aller winterlichen Illusionen. Es ist ja schon fast schlechte Tradition geworden, das Weihnachtsfest im Gewande eines sehr unzeitigen Vorfrühlings zu begehen. Seit gestern aber haben wir mit einem scharfen Ostwind ausgesprochene Kältegrade. Schon seit längerer Zeit herrscht in Polen und Rußland ein äußerst starker und andauernder Frost bei östlichen Winden. Wir sind nunmehr in den Bereich dieses Kältegebietes gelangt. Für die Weihnachtstage ist mit trockenem und frostigem Wetter zu rechnen. Eine wesentliche Zunahme der Frosttemperaturen ist nicht anzunehmen. Auch Schneefälle sind bisher nicht in Sicht. Die Frostwelle wird von wohl längerer Dauer sein. Heute früh um 8 Uhr wurden 5 Grad Kälte gemessen, mittags gegen ½1 Uhr schwankt die Temperatur zwischen 2 und 3 Grad Kälte. Für den Abend steht erneutes Sinken der Temperatur in Aussicht.

Ein Pfarrer gegen Religion und Völkerfrieden.

Die „Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden" hatte an den Gemeindekirchenrat in Steglitz (Berlin-Steglitz) die Bitte gerichtet, ihm die dortige evangelische Kirche zur Abhaltung einer religiösen Feierstunde zu überlassen, in der unser Genosse Pfarrer Bleier sprechen sollte. Die Antwort, die die Vereinigung auf dieses Ersuchen bekommen hat, und die namens des Kirchenrats von Pfarrer Großmann unterschrieben worden ist, ist wert, weitesten Kreisen bekannt zu werden. Sie lautet folgendermaßen:

„Schon der Name Ihrer Vereinigung zeigt an, daß Ihre Bestrebungen keinerlei Beziehungen haben zu der christlichen Religion und zu der Arbeit der evangelischen Kirche. Wir sind darum als Vertreter einer evangelischen Kirchengemeinde nicht in der Lage, Ihnen unsere kirchlichen Räume für Ihre Bestrebungen zur Verfügung zu stellen.

Hochachtungsvoll ergebenst
gez. Großmann, Pfarrer."

Also der Pfarrer der evangelischen Kirche zu Berlin-Steglitz, Herr Großmann, erklärt einer Vereinigung, die schon in ihrem Namen äußerlich dem schlichtesten Gemüt ihre religiös-sittlichen Ziele verrät, daß sie keine Beziehungen zur christlichen Religion und zu der Arbeit der christlichen Kirche habe. Will Herr Großmann damit nun sagen, daß die evangelische Kirche weder für Religion noch für Völkerfrieden zu haben ist? Die Oberen dieser Kirche sollten Herrn Großmann doch einmal zu einem Privatissimum laden.

Unter den Rädern der Lokomotive.

Auf dem Bahnhof Reinickendorf-Ost an der Graf-Rödern-Allee trug sich heute vormittag gegen ½12 Uhr wieder ein schwerer Eisenbahnunfall zu, bei dem ein Beamter tödlich verunglückte. Der Oberbahnwärter Ewald Jochmann aus der Schumannstraße 35 zu Borsigwalde wollte die Gleise überschreiten, mußte einem einfahrenden Güterzug ausweichen und trat auf das Vorortgleis. Durch eine ziemlich starke Dampffahne des Güterzuges war ihm jede Sicht genommen. Außerdem überhörte er den herannahenden Personenzug 674 und wurde von diesem überfahren. In schwer verletztem Zustand wurde J. zur Bahnhofshalle gebracht, wo er kurze Zeit darauf an den Folgen eines Schädelbruches und schwerer äußerer und innerer Verletzungen starb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und in das Schauhaus gebracht.

Ein weiterer folgenschwerer Arbeitsunfall ereignete sich heute vormittag auf der Pumpstation in Britz. Bei Tiefbauarbeiten wurden durch eine Winde eiserne Teile in die Höhe gezogen. Plötzlich löste sich ein schweres eisernes Rad los, stürzte in die Tiefe und fiel dem 30jährigen Brunnenarbeiter Otto Tränke aus der Steinmetzstraße 3 zu Berlin auf den Kopf. T. erlitt einen Schädelbruch und mußte schwerverletzt in das Neuköllner Krankenhaus gebracht werden.

Weihnachtsbescherung in der Autohalle.

In der riesigen alten Autohalle, Kaiserdamm, hatte die Heilsarmee für 2500 arme Familien den Gabentisch gedeckt. Für jeden gab es außer Kaffee und Kuchen einen Lebensmittelkorb mit allerlei nützlichen Dingen, außerdem wurden schon vorher auf den einzelnen Bezirksstationen Kleider- und Wäschestücke zur Verteilung gebracht. An langen Tischreihen saß die große Schar der Aermsten, vor sich die dampfende Kaffeetasse, mit einem glücklichen, dankbaren Lächeln in den vergrämten Gesichtern. Viele alte Leutchen, daneben wieder Kinder, junge Männer und Frauen, bunt durcheinander gewürfelt und doch allesamt Brüder des Elends und der Not. Und immer neue strömten hinzu; eilig, fast aufgelöst vom raschen Laufen, stolperte ein altes Mütterchen herein, die bange Sorge in den Augen: komme ich schon zu spät? Aber es war noch Platz für sie, und auch sie bekam ihr Gabenpäckchen. Am Saaleingang drängten sich viele, viele Zaungäste. Nicht Neugierde trieb sie her, sondern sie wissen, daß manchmal Gabenkörbe übrig bleiben, und nun hoffen sie, daß auch unter ihnen dem oder jenem das gütige Geschick hold sei. Eine grobe Geschmacklosigkeit ist es aber, ein derartiges Liebeswerk zu einer öffentlichen Schaustellung zu degradieren, indem man an allen Ecken und Enden das lästige Heer der Photographen postiert.

*

Eine schlichte, eindrucksvolle Weihnachtsfeier fand in der Frauenklinik „Cecilienhaus" (Deutsches Krankenkassenhaus), Charlottenburg, Berliner Straße, statt. Im Hörsaal der Anstalt hatten sich Pfleglinge, Schwestern, Aerzte und Gäste versammelt, um ein gemeinsames, kleines Christfest zu feiern. Im stimmungsvoll dekorierten Saal erklangen Weihnachtslieder, Max Jungnickel sprach einen Prolog, dann lenkte der ewig lachende Marzell Salzer mit seinen launenden Vorträgen aus eigener Feder und der seiner Zunftgenossen Busch, Morgenstern und Ringelnatz vom feierlichen ins fröhliche Fahrwasser über. Und all die Menschen, die ständig von eigenem oder fremdem Leid umgeben sind, hatten ein heiteres, befreiendes Lachen auf den Lippen. In einer kurzen Ansprache dankte der Anstaltsdirektor allen, die sich um das Gelingen der Feier bemüht hatten.

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, und „Der Kinderfreund" liegen der heutigen Postauflage bei.

Schweres Bauunglück in Frankreich.

17 Arbeiter unter einstürzenden Pfeilern begraben.

Paris, 23. Dezember. (TU.) Bei Bauarbeiten an einem Koksofen in den Gießereien von Pont a Mousson stürzte ein Kohlensilo zusammen. Drei Pfeiler von je 25 Meter Höhe stürzten ein und rissen das ganze Mauerwerk mit, etwa 17 Arbeiter unter sich begrabend. Die Rettungsarbeiten gestalten sich sehr schwierig. Bis jetzt wurden sechs Tote und acht Verletzte geborgen.

Jungsozialistische Vereinigung, Gruppe Norden. Eine Weihnachtsfeier findet heute abend, 7½ Uhr, Jugendheim im Ledigenheim N. 20, Schönstedtstr. 1, vorn 1 Tr. statt. Wir bitten die älteren Genossen der SAJ. sich daran zu beteiligen. Achtung Verlosung! Jeder Teilnehmer wird gebeten, ein kleines Geschenk mitzubringen.

Kampfansage im Berliner Textilgroßhandel!

Vor einigen Wochen konnten wir berichten, daß der Schlichter von Groß-Berlin den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses über die Gehaltsregelung der kaufmännischen Angestellten für verbindlich erklärt hat. Ausschlaggebend war für diese Entscheidung u. a. die Tatsache, daß den Angestellten im April dieses Jahres unter dem Druck des angeblich schlechten Geschäfts eine erhebliche Gehaltskürzung auferlegt worden ist. Da die alten Gehaltssätze durch diesen Schiedsspruch noch nicht wieder erreicht sind, eine weitere Erhöhung der Lebenshaltungskosten aber nicht abzuleugnen ist, hielt der Schlichter den Schiedsspruch für billig und tragbar.

Auf diese Entscheidung waren die Arbeitgeber nicht vorbereitet. Sie waren bisher daran gewöhnt, mit Hilfe der behördlichen Instanzen die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verschlechtern, sodaß sie aus Prestigegründen nicht glaubten, diese anders geartete Entscheidung ruhig hinnehmen zu können. Sie beschlossen vielmehr, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen diese „Vergewaltigung" anzukämpfen. Den Mitgliedern wurde in einem Rundschreiben mitgeteilt, daß wegen des Verhaltens des Schlichters eine Beschwerde an den Reichsarbeitsminister ergangen sei, daß im übrigen jedoch der Schiedsspruch erfüllt werden müsse, da es keine Berufungsinstanz gebe.

Gleichzeitig wurde den Mitgliedern eine Entschließung unterbreitet, durch deren Annahme jede übertarifliche Bezahlung verboten wird. Die Mitgliederversammlung der Unternehmer am 13. Dezember beschloß, bindend und verpflichtend für jeden einzelnen Betrieb, **und zwar unter Nachprüfung der einzelnen Betriebe**, folgendes durchzuführen:

Für Lehrlinge, Jugendliche und Angestellte der Gruppen 1 bis 3, die bisher lediglich und ausschließlich Tariflohn bekommen haben, d. h. nicht über Tarif bezahlt wurden, dürfen lediglich die im neuen verbindlich erklärten Tarif festgesetzten **Mindestsätze** zur Auszahlung gelangen. — Das Rundschreiben, welches den Mitgliedern die in der Versammlung gefaßten Beschlüsse eingehend erläutert, enthält ferner die Mitteilung, daß alle mit Tariflohn eingestellten Angestellten, **soweit sie eingeschriebene Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen sind**, mit der Zurückführung ihres Gehalts ohne weiteres einverstanden sein müßten, da der neue Zwangstarif automatisch für sie Geltung hat.

Bei denjenigen Angestellten, die zwar organisiert sind, aber nicht unter der Klausel „nach Tarif" angestellt sind, müßte unter Innehaltung der festgesetzten Kündigungsfrist (mit formeller Kündigung) **das Gehalt auf das Mindestgehalt zurückgeführt werden.** Bezüglich derjenigen Angestellten der Gruppen 1, 2 und 3, die bisher schon über Tarif bezahlt wurden, wird dringend empfohlen, diese Angestellten auf das Endgehalt der Gruppen zurückzuführen, wie überhaupt in Zukunft eine Bezahlung über Tarif nach Möglichkeit eingeschränkt werden soll, nachdem in derartig rigoroser Weise mit dem Mittel des Zwanges eingegriffen worden sei.

Den Gipfel der Heuchelei erreicht der Schlußsatz, der in seiner Demagogie direkt widerlich wirkt. Es heißt dort:

„Es wird selbstverständlich sehr bedauert, daß in Ausführung dieser Ueberlegung eine große Anzahl von Angestellten in den Betrieben unter der von dem Schlichter von Groß-Berlin Herrn Wissell für richtig gehaltenen Verbindlichkeitserklärung leiden werden. Die Arbeitgeberverhandlungskommission hofft jedoch, daß die von der strikten Durchführung betroffenen Angestellten ihren Unwillen und ihre Erbitterung gegen diejenigen Stellen richten werden, die in Wirklichkeit verantwortlich für die nunmehr in die Erscheinung tretenden Ungerechtigkeiten, Unbilligkeiten und Härten sind."

Jawohl, auch wir erwarten, daß die Angestellten ihren Unwillen und ihre Erbitterung zum Ausdruck bringen gegen die Stellen, die derartig gewissenlos handeln. Nur haben die Angestellten noch so viel klaren Blick, um zu erkennen, wo die Stellen sind, **nämlich bei den am Tarif beteiligten Arbeitgeberverbänden.** Die Angestellten sehen jetzt, wohin der Weg geht. Sie werden die Nutzanwendung aus dem Vorgehen der Arbeitgeber ziehen und sich geschlossen ihrer Organisation, dem Zentralverband der Angestellten zuwenden.

Die Kündigungen in der Schuhindustrie.

Wie aus schuhindustriellen Orten gemeldet wird, sind die von den Unternehmerorganisationen beschlossenen Kündigungen prompt erfolgt. Bis jetzt ist etwa 80 000 Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt worden. Ob es aber überall dort, wo noch Aufträge vorliegen, mit der Aussperrung ebenso glatt geht wie mit den Kündigungen, bliebe erst abzuwarten.

In der Sache selbst sei noch auf ein entscheidendes Moment hingewiesen, das sicherlich auch bei den heutigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium von den Arbeitervertretern betont werden wird. Während in der Vorkriegszeit mit einer steten Beschäftigung gerechnet werden konnte, ist seitdem ein ständiger Wechsel zwischen flauer und besserer Beschäftigungsperiode wahrzunehmen. Und die Gefahr des Wechsels zwischen voller und schlechter Beschäftigung, der die Arbeiter ausgesetzt sind, besteht auch heute noch fort. Die Stundenlöhne sind also keineswegs maßgebend für das Jahreseinkommen der Arbeiter. Um so notwendiger und berechtigter ist die Forderung der Arbeiter in den Schuhfabriken, wenigstens während des guten Geschäftsganges halbwegs anständigen Verdienst zu erzielen, um für die Zeiten der Kurzarbeit einen gewissen Ausgleich zu haben. Die Unternehmer aber wälzen das Risiko schlechten Geschäftsganges auf die Arbeiter ab und wollen selbst bei besserem Geschäftsgang schlechte Löhne zahlen.

Reichstarifverhandlungen im Baugewerbe.

Am 20. und 21. Dezember wurden die schon früher begonnenen Verhandlungen über den Abschluß eines Reichstarifes im deutschen Baugewerbe zwischen den baugewerblichen Arbeiter- und Unternehmerverbänden in Berlin fortgesetzt. Zu entscheidenden, greifbaren Resultaten ist es auch an diesen beiden Tagen nicht gekommen. Nur in einigen mehr untergeordneten Punkten hat man sich geeinigt. Die Verhandlungen wurden nicht abgebrochen; sie sollen am 29., 30. und 31. Januar 1927 fortgesetzt werden. Bis dahin liegt die wichtige Frage, ob es im deutschen Baugewerbe in der nächsten Zeit zu einem Reichstarifabschluß kommt, noch völlig im ungewissen.

Die Ausrede der Zitatfälscher.

Die „Rote Fahne" besitzt die Unverfrorenheit, zu behaupten, „daß in den Kreisen der sozialdemokratischen Parteispitzen und in der „Vorwärts"-Redaktion Leute sitzen, die schon im Jahre 1923 einen hinterlistigen Kampf für die Verlängerung der Arbeitszeit geführt haben und noch führen". Unsere Leser wissen, daß diese Behauptung eine faustdicke Lüge ist, so daß es sich erübrigt, auch nur ein Wort über diese, die kommunistische Art der Polemik kennzeichnende Unwahrheit, zu verlieren.

Was das von ihr gefälschte Zitat anbetrifft, so bringt es die „Rote Fahne" heute in der richtigen Fassung von Leipart und sucht sich über die gestrige Fälschung mit der Ausrede hinwegzusetzen, sie habe dem Zitat als redaktionelle Bemerkung, die als solche kenntlich gewesen sei, hinzugefügt: **(Allen voran der „Vorwärts").**

Eben in dieser „Hinzufügung", die nur für den kenntlich war, der die Schrift von Leipart kennt, liegt die Fälschung.

Und diese dreiste Fälschung läßt sich auch damit nicht verwischen, daß der „Vorwärts" im Jahre 1923 für vorübergehende Ueberstundenarbeit im Bergbau in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften eingetreten ist.

Organisationstreue.

Die „Verbandszeitung", das Organ des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands, des früheren Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes, bringt ein acht Seiten ihres Formats füllendes Verzeichnis der Verbandsjubilare. An sieben Orten sind acht Mitglieder 40 Jahre und länger organisiert, wovon in Berlin die Kollegen Voigt und Sitzberger. Die Zahl der Mitglieder, die seit 25 Jahren und länger organisiert sind, ist außer Berlin ziemlich stark vertreten in Bremen, Erlangen, Dresden, Frankfurt a. M., Gera, Hamburg, Hannover, Kassel, Kiel, Leipzig, Nürnberg-Fürth, Stuttgart und anderen mehr.

Dank der Tätigkeit und der Treue dieser Jubilare zu ihrer Sache, zählt der Verband heute 70 000 Mitglieder.

Dabei gibt es immer noch den einen oder anderen Berufsgenossen, der heute noch nicht weiß, daß er seiner Organisation anzugehören hat, obschon die Zugehörigkeit zur freigewerkschaftlichen Organisation heute bei weitem weniger aufregend ist als vor 40 Jahren, wo noch mehr dazu gehörte als Beitrag zu zahlen.

Unnütze Berichtigung.

Unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes ersucht uns der 1. Vorsitzende des Brandenburgischen Maschinensetzervereins (Sitz Berlin), D. Engelmeier, um Aufnahme folgender Berichtigung:

„In der Abendausgabe des „Vorwärts" vom Freitag, den 17. Dezember, befindet sich ein Bericht von der Generalversammlung der Buchdrucker, in dem mir ehrenrührige Handlungen vorgeworfen werden. Dazu habe ich zu berichtigen:

Es ist nicht wahr, daß ich mir wiederholt Handlungen zuschulden kommen ließ, die den Interessen des Verbandes zuwiderlaufen. Es ist nicht wahr, daß meine Wahl zum Vorsitzenden des Brandenburgischen Maschinensetzervereins nur dadurch möglich wurde, daß ich mich den Beschlüssen des Verbandstages der Buchdrucker entgegenstellte.

Wahr ist, daß ich den Antrag des SPD.-Kollegen Wagner unterstützte. Es ist nicht wahr, daß meine Ausführungen stellenweise den lebhaftesten Widerspruch seitens der Versammlung fanden."

Zu dieser „Berichtigung" erklärt unser Berichterstatter: Ein Vorwurf ehrenrühriger Handlungen ist Engelmeier überhaupt nicht gemacht worden, sondern es sind ihm Handlungen vorgeworfen worden, die den Interessen des Verbandes zuwiderlaufen. Engelmeier hat wiederholt sich nicht von gewerkschaftlichen Grundsätzen, sondern von seiner kommunistischen Parteimeinung leiten lassen. Zuletzt bei der Neuwahl des Maschinensetzervorstandes am 17. Oktober. Der alte Vorstand wollte dem Beschluß des Verbandstages entsprechend die Sonderunterstützung abbauen. Weil er darin nicht die notwendige Unterstützung fand, stellte er seine Aemter zur Verfügung. Engelmeier trat für eine Erhöhung dieser Unterstützung ein und wurde daraufhin zum Vorsitzenden gewählt. Ob Engelmeier nur einen entsprechenden Antrag aus der Versammlung unterstützt hat, ist dabei ziemlich nebensächlich. Als der Gauvorstand daraufhin nochmals auf Abbau der Sonderunterstützung drängte, wandte sich Engelmeier an den Zentralvorstand. Erst als auch dieser ihm den Beistand unter den bei den Maschinensetzern bestehenden Verhältnissen versagte, setzte sich Engelmeier für einen Abbau der Unterstützung ein.

In unserem Bericht war weiter gesagt, daß die Ausführungen Engelmeiers in der Versammlung stellenweise den lebhaftesten Widerspruch fanden. Das war besonders der Fall, als Engelmeier davon sprach, daß ihm im Augenblick die freigewerkschaftliche Organisation am höchsten steht. Aber auch in der Maschinensetzerversammlung sind die Ausführungen Engelmeiers nicht widerspruchslos hingenommen worden.

Unser Bericht war objektiv abgefaßt, so daß es dieser überflüssigen „Berichtigung" wirklich nicht bedurft hätte.

Was wird in der sächsischen Textilindustrie?

Die Unternehmer lehnen den Schiedsspruch ab.

Nach einer WTB.-Meldung aus Dresden haben die Unternehmer den am 18. Dezember im sächsischen Arbeitsministerium gefällten Schiedsspruch im Lohnstreit der mittel- und westsächsischen Textilindustrie abgelehnt. Die Arbeiter hatten dem Schiedsspruch, der ab Neujahr eine sechsprozentige Lohnerhöhung vorsieht, zugestimmt und nach Ablehnung der Unternehmer die Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Für Ostsachsen ist das Schlichtungsverfahren beantragt, nachdem die Verhandlungen mit den Unternehmern gescheitert sind.

Zurück nach Amsterdam.

Der Bundesausschuß des Norwegischen Gewerkschaftsbundes beauftragte, wie uns aus Oslo gemeldet wird, mit 89 gegen 18 Stimmen den Vorstand mit einer Prüfung der Frage der internationalen Organisationsverhältnisse, um den Wiederanschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam vorzubereiten.

Schiedsspruch in der Montanindustrie.

Für die Angestellten in Oberschlesien.

Gleiwitz, 23. Dezember. (WTB.) Auf Antrag der Angestelltenverbände hat der Reichsarbeitsminister ein Sonderschiedsgericht berufen, das in dem Gehaltsstreit der Angestelltenverbände gegen den Arbeitgeberverband der oberschlesischen Montanindustrie eine Entscheidung fällen sollte. Die Angestellten hatten eine Gehaltserhöhung von durchweg 10 Proz. gefordert. Da die Einigungsverhandlungen ergebnislos verlaufen sind, hat der Sonderschlichter, Spannagel, nach sechsstündiger Verhandlung folgenden Schiedsspruch gefällt: Auf die Tarifgehälter soll ab 1. Dezember 1926 eine Zulage von 6 Proz. gewährt werden. Den Parteien wird aufgegeben, über die weiter gestellten Forderungen noch einmal in unmittelbare Verhandlungen bis zum 10. Januar 1927 einzutreten. Die Kündigungsfrist dieses Gehaltstarifs richtet sich nach den Bestimmungen des Manteltarifs und ist erstmalig zum 30. Juni 1927 zulässig. Die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs läuft bis zum 30. Dezember 1926.

Straßenbahnerstreik in Ostoberschlesien.

Kattowitz 23. Dezember. (TU.) Mittwoch mittag um 12 Uhr sind die Arbeiter und das Fahrpersonal der Schlesischen Kleinbahn-A.-G. in Polnisch-Oberschlesien wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten. Der Straßenbahnverkehr ruht in Polnisch-Oberschlesien seit dieser Stunde vollständig. Die Angestellten forderten eine dreißigprozentige Lohnerhöhung sowie ein Drittel Monatsgehalt als Wirtschaftsbeihilfe. Die Gesellschaft dagegen bewilligte nur eine fünfprozentige Lohnerhöhung und lehnte jegliche Wirtschaftsbeihilfe ab.

Der Streik im tschechoslowakischen Bergbau.

Prag, 23. Dezember. (WTB.) Der Verband der Grubenbesitzer hat heute vormittag im Arbeitsministerium die Antwort auf den Vorschlag, zur Regelung des Lohnstreiks im Bergbau einer gemeinsamen mit den Bergarbeiterorganisationen zu veranstaltenden Konferenz beizuwohnen, überreicht. In der Antwort wird ausgeführt, daß die Grubenbesitzer mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage im Bergbau auf dem absolut ablehnenden Standpunkt gegenüber den Lohnforderungen der Arbeiter verharren.

Streik in der polnischen Glasindustrie?

Warschau, 22. Dezember. (EP.) Nach Ablehnung einer von der Arbeiterschaft der Glashütten geforderten Lohnerhöhung von 30 Proz. durch die Industrieellen, wird mit dem Ausbruch eines Streikes in der polnischen Glasindustrie gerechnet. Die Unternehmer begründeten ihre Ablehnung damit, daß die Löhne der Glashüttenindustrie im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen außerordentlich hoch seien.

Der französische Beamtenkongreß.

Paris, 23. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe einer Nachtsitzung, die zeitweise außerordentlich lärmend ausfiel, hat der Beamtenkongreß dem Bericht des Sekretariats mit 479 gegen 230 kommunistische Stimmen zugestimmt. Die Abstimmung bedeutet einen Sieg des gegenwärtigen Sekretariats. Daran anschließend beschäftigte sich der Kongreß mit der Frage der Regelung der Beamtengehälter.

Der englische Gewerkschaftskongreß und der Generalstreik

London, 23. Dezember. (WTB.) Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses erörterte gestern die Vorbereitungen für die Sonderkonferenz der Vollzugsausschüsse der angeschlossenen Gewerkschaften, die am 20. Januar in London abgehalten werden soll, um die Umstände zu erwägen, die zur Einstellung des Generalstreiks im Mai führten. Es wird ein Bericht vorbereitet, der der Konferenz vorgelegt werden soll und in dem die Aufhebung des Streiks verteidigt und gerechtfertigt wird.

Gesperrte Gastwirtsbetriebe. Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, sind folgende Gastwirtsbetriebe für organisierte Arbeitnehmer gesperrt: Café Komet, Inhaber Hartmann, Warschauer Straße 33; Café Triumph-Palast, Inhaber Kasch, Oranienstraße 53/54; Max und Moritz, Oranienstraße 162; Gustav Kappeser, Möckernstraße 155; Restaurant „Zum Heidereiter", Inhaber Pfung, Hasenheide, Ecke Kamphausenstraße; Restaurant „Groß-Berlin", Inhaber Karl Keller, Am Alexanderplatz.

Die Zahl der Arbeitslosen in England ist in der vergangenen Woche gegenüber der Vorwoche um 95 620 auf 1 410 700 gefallen. Dennoch gibt es noch 283 264 Arbeitslose mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Pörsker; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

ZÄHNE mit Kautschukplatte 1 u. 2 Mark, ohne Gaumen, Brücken von 5 Mark. — Teilzahlung gestattet. 3 Jahre weitgehende Garantie. Zahnziehen bei Bestellung gratis
Hatvani Danziger Straße 1 — Zimmerstraße 86 Luisenstr. 27 / Charlbg., Schlüterstr. 73

Dr. Bernard's Buchenteerwein
gesetzlich geschützt — seit länger als 60 Jahren als Vorbeugungsmittel erprobt und bewährt bei:
Tuberkulose, Heiserkeit, Bronchialkatarrh
Husten, Asthma, Magen- und Darmerkrankungen
Erstaunliche Hebung des Appetits und des Körpergewichts! Besserung des Allgemeinbefindens. Abnahme des Hustens.
Originalflasche M. 2.50 Fünf Flaschen (eine Kur) M. 12.50. Porto und Versandkosten frei
Zu haben in allen Apotheken, wo nicht: Einhorn-Apotheke, Berlin SW 19, Kurstr. 34, Spittelmarkt — Gegründet 1654
Bestandteile: Destillat des Buchenteers 1 L, Alkohol 22 L, Glycerin 4 L, Pomeranzenschale 4 L, Weinwein 1 L, Sirup 4 kg

HUNDE
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden 11-1 u. 4-6 Uhr

Fordern Sie sich ausdrücklich in den Geschäften die neuen großen 20-Pf.-Rollen u. Schleifen
Kapitän-Kautabak
echt Kopenhagener Qualität. Feinster Geschmack. Jedes 20-Pf.-Stück wird in Papier verpackt geliefert; nicht verpackte weise man als unecht zurück. Wo nicht erhältlich, werden Verkaufsstellen mitgeteilt durch C. Röcker, Berlin NO, Lichtenberger Str. 22 (Kgst. 3861).

LIKÖRE
Arrak / Rum / Weinbrände / Mosel-, Rhein-, Bordeaux- u. Südweine
Wilh. Hoeck
Likörfabrik und Weingroßhandlung
Charlbg., Wilmersdorfer Straße 149

Lesdaus Korbmöbel
sind anerkannte Wertarbeit und als
Weihnachtsgeschenk
vorzüglich geeignet.
Werkstätten und Verkauf nur
Neukölln, Anzengruberstr. 20 und Hermannstraße 10.

Sprechmaschinen
Wilh. Weseloh, Friedrichstr. 9
Hof geradeaus
Schrank-Apparate • Truhen 175,– Mark
Hauben-Apparate • • Schallplatten
Zahlungserleichterung
10 % Rabatt erhält Vorzeiger des Inserats bis Weihnachten
68,– Mk. 28,– Mk.

Berliner-Elektriker-Genossenschaft
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher Norden 6520 u. 6520 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzburg 9831
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39—40 (Alexander-Passage) Tel.: Königstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
zu kulanten Zahlungsbedingungen
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.